

Rede des Stadt Elternbeirates vor dem Stadtrat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute sprechen wir als Stadt Elternbeirat nicht nur über ein Moratorium.

Wir sprechen über Verantwortung.

Wir sprechen über Vertrauen.

Und wir sprechen darüber, wie ernst die Sorgen von Familien, Fachkräften und Kita-Leitungen in dieser Stadt tatsächlich genommen werden.

Seit fast einem Jahr diskutieren wir über die Zukunft unserer Kitas.

Seit fast einem Jahr hören wir vor allem eines:

Warum etwas nicht geht.

Das Moratorium geht nicht.
Die Finanzierung geht nicht.
Die Personalbindung geht nicht.
Die Transparenz geht nicht.

Was wir dagegen bis heute nicht gehört haben, ist:

Wie es stattdessen gehen soll.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat die rechtliche Ausgestaltung des Moratoriums beanstandet. Das wissen wir alle. Aber eines hat das Landesverwaltungsamt ausdrücklich nicht festgestellt:

- Es hat nicht festgestellt, dass die Qualitätsprobleme verschwunden sind.
- Es hat nicht festgestellt, dass kein Fachkräftemangel besteht.
- Es hat nicht festgestellt, dass die Ziele des Moratoriums falsch sind.
- Es hat nicht festgestellt, dass die Stadt keine Verantwortung für die Qualität der Kindertagesbetreuung trägt.

Beanstandet wurde die Konstruktion.

Die Probleme bestehen jedoch unverändert fort.

Deshalb stellen wir heute erneut die Frage:

Was ist die Alternative?

Bis heute liegt uns kein Konzept vor.

Kein Konzept des Oberbürgermeisters.

Kein Konzept der Verwaltung.

Kein Konzept des Jugendamtes.

Kein Konzept zur Fachkräftesicherung.

Kein Konzept zur Qualitätsverbesserung.

Kein Konzept zur Verhinderung weiteren Personalabbaus.

Wer das Moratorium ablehnt, muss erklären, welcher andere Weg stattdessen eingeschlagen wird.

Und genau hier wird es schwierig.

Am 05. Mai wurde von der CDU ein Schreiben an die Erfurter Kitas und Eltern versendet. Darin wurde erklärt, das Moratorium sei rechtlich nicht haltbar, man arbeite unter Hochdruck an einer Lösung mit Bestand und wolle einen ehrlichen und machbaren Plan für die Zukunft vorlegen. Außerdem wurden Gespräche angekündigt.

Heute, Monate später, stellen wir fest:

Wo ist dieses Konzept?

Wo ist dieser Plan?

Wo sind die Lösungen, die damals angekündigt wurden?

Wo sind die Ergebnisse der angekündigten Gespräche?

Denn wenn man den Menschen erklärt, dass das Moratorium nicht funktioniert, dann muss man ihnen auch erklären, was stattdessen funktionieren soll.

Bis heute kennen wir darauf keine Antwort.

Man hat den Eltern erklärt, dass unter Hochdruck an einer Lösung gearbeitet wird.

Unsere Frage lautet deshalb:

Was ist das Ergebnis dieses Hochdrucks?

Welche Maßnahmen wurden entwickelt?

Welche Strategie liegt vor?

Wie sollen Fachkräfte gehalten werden?

Wie soll die Qualität verbessert werden?

Wie sollen freie Träger unterstützt werden?

Wie soll verhindert werden, dass weiteres Personal verloren geht?

Wir würden diese Antworten gerne hören.

Was uns als Stadtelternbeirat außerdem zunehmend Sorgen macht:

Bei vielen Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Kita-Leitungen entsteht mittlerweile der Eindruck, dass die aktuelle Situation einfach ausgesessen werden soll.

Seit Monaten bitten wir um Gespräche.

Gesprächseinladungen an den Oberbürgermeister werden verschoben oder durch Vertretungen wahrgenommen.

Bei unserer letzten Rede im Stadtrat wurde uns ein Termin in Aussicht gestellt.

Auf konkrete Ergebnisse warten wir bis heute.

Gleichzeitig sehen wir auf den öffentlichen Kanälen des Oberbürgermeisters zahlreiche Termine und Veranstaltungen. Nach unserer Wahrnehmung waren es allein in den letzten beiden Wochen mehr als 17 öffentliche Termine.

Wir fragen uns deshalb:

Warum ist Zeit für Veranstaltungen da, aber nicht für die Familien, Fachkräfte und Kita-Leitungen, die sich seit Monaten mit einem der größten Probleme dieser Stadt beschäftigen?

Warum gibt es keinen regelmäßigen Austausch mit den Menschen, die die Folgen dieser Entscheidungen jeden Tag spüren?

Dabei reden wir hier nicht über Luxusprobleme.

Die Stadt selbst weist seit Jahren auf Herausforderungen hin.

Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen zeigen Handlungsbedarf.

Probleme bei Sprachentwicklung, Gesundheitsförderung und Mundhygiene sind bekannt.

Wenn diese Probleme bekannt sind, dann stellt sich doch eine ganz einfache Frage:

Warum soll ausgerechnet jetzt Personal abgebaut werden?

Weniger Kinder bedeuten nicht automatisch weniger Bedarf.

Unsere Kitas leisten heute weit mehr als Betreuung.

Sie fördern Sprache.

Sie ermöglichen Integration.

Sie begleiten Inklusion.

Sie gleichen Entwicklungsdefizite aus.

Sie unterstützen Familien.

Sie schaffen Chancengerechtigkeit.

Und all das braucht Zeit.

Zeit entsteht aber nur durch Personal.

Dabei müssen wir uns auch ehrlich machen:

Die Diskussion über frühkindliche Bildung endet nicht an der Kita-Tür.

Wer heute bei den Kleinsten spart, zahlt morgen an anderer Stelle einen deutlich höheren Preis.

Die aktuellen PISA-Ergebnisse zeigen Entwicklungen, die uns alarmieren müssen.

Die Leistungsunterschiede zwischen Kindern werden immer stärker durch die soziale Herkunft bestimmt.

Gleichzeitig steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die nicht über ausreichende Grundkompetenzen verfügen.

Wenn wir diese Entwicklung ernst nehmen, dann müssen wir dort ansetzen, wo Bildung beginnt.

Nicht erst in der Grundschule.

Nicht erst in der weiterführenden Schule.

Sondern in der frühkindlichen Bildung.

Gerade Kinder, die zuhause weniger Unterstützungsmöglichkeiten haben, profitieren von guter Sprachförderung, stabilen Bezugspersonen und ausreichend Zeit in den Einrichtungen.

Hier werden die Grundlagen gelegt:

für Sprache,

für soziale Kompetenzen,

für Konzentrationsfähigkeit,

für Lernfähigkeit,

für einen erfolgreichen Schulstart.

Wenn wir heute zulassen, dass Fachkräfte verloren gehen und Gruppen größer werden, dann lösen wir die Probleme nicht.

Wir verschieben sie.

Wir verschieben sie in die Grundschulen.

Wir verschieben sie in die weiterführenden Schulen.

Und wir verschieben sie später in Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht:

Wie viele Kinder haben wir heute weniger?

Die entscheidende Frage lautet:

Welche Kinder wollen wir in zehn oder fünfzehn Jahren haben?

Kinder mit guten Bildungschancen.

Kinder mit starken Grundkompetenzen.

Kinder, deren Zukunft nicht vom Elternhaus abhängt.

Genau deshalb ist frühkindliche Bildung keine freiwillige Leistung.

Sie ist die wichtigste Bildungsinvestition, die wir als Stadt überhaupt tätigen können.

Hinzu kommt ein Widerspruch, den uns bis heute niemand erklären konnte.

Auf der einen Seite hören wir von freien Trägern, dass sie den neuen gesetzlichen Personalschlüssel nicht vollständig finanzieren können.

Wir hören, dass die Refinanzierung nicht ausreicht.

Wir hören, dass deshalb Personal reduziert werden müsse oder mit weniger Personal geplant werde.

Auf der anderen Seite wird uns erklärt, dass die kommunalen Kindergärten bereits heute mit **20,47 Vollbeschäftigteneinheiten über dem neuen gesetzlichen Personalschlüssel** arbeiten können.

Wir fragen deshalb:

Wie passt das zusammen?

Wie kann die gleiche Stadt auf der einen Seite erklären, dass zusätzliche Stellen nicht finanzierbar sind, während die eigenen Einrichtungen bereits deutlich über dem neuen Personalschlüssel arbeiten?

Warum gelingt das den kommunalen Einrichtungen, den freien Trägern aber angeblich nicht?

Liegt das Problem an der Finanzierung?

Liegt das Problem am Abrechnungssystem?

Liegt das Problem an unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen?

Oder liegt das Problem ganz woanders?

Bis heute wurde uns darauf keine nachvollziehbare Antwort gegeben.

Und noch etwas möchten wir heute ganz deutlich ansprechen.

Seit Monaten wird der Eindruck vermittelt, als seien der Stadt die Hände gebunden.

Als könne man nichts tun.

Als müsse man Personal abbauen, weil das Gesetz es so vorgebe.

Doch das stimmt so nicht.

Das Thüringer Kita-Gesetz definiert **Mindeststandards**.

Es definiert die Untergrenze dessen, was für einen ordnungsgemäßen Betrieb erforderlich ist.

Es definiert aber keine Obergrenze.

Es verbietet keiner Kommune, mehr für ihre Kinder zu tun.

Es verbietet keiner Kommune, zusätzliche Fachkräfte vorzuhalten.

Und es verbietet keiner Kommune, höhere Qualitätsstandards anzustreben.

Die Frage ist also nicht, ob man mehr tun darf.

Die Frage ist, ob man mehr tun will.

Wenn kommunale Einrichtungen bereits heute mit 20,47 Vollbeschäftigteneinheiten über dem neuen Personalschlüssel arbeiten können, dann zeigt das doch, dass zusätzliche Personalvorhaltung grundsätzlich möglich ist.

Warum soll das dann bei freien Trägern nicht möglich sein?

Wir hören außerdem immer wieder, die Stadt könne die Situation bei freien Trägern nicht beeinflussen.

Aber auch das überzeugt uns nicht.

Die Stadt ist nicht irgendein außenstehender Beobachter.

Die Stadt ist örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Die Stadt finanziert mit.

Die Stadt plant die Kita-Landschaft.

Die Stadt führt Gespräche mit den Trägern.

Die Stadt schließt Vereinbarungen mit den Trägern.

Und die Stadt kann selbstverständlich Transparenz einfordern, Qualitätsziele formulieren und Erwartungen an die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben stellen, wenn sie das politisch will.

Deshalb fällt es uns schwer zu akzeptieren, dass über Monate hinweg vor allem erklärt wird, was angeblich alles nicht möglich ist.

Wir wünschen uns endlich dieselbe Energie bei der Suche nach Lösungen, mit der bislang Gründe gesucht wurden, warum das Moratorium nicht funktionieren soll.

Denn am Ende geht es nicht um Zuständigkeiten.

Es geht nicht um Verfahren.

Es geht nicht um Paragraphen.

Es geht um die Frage, welche Qualität wir für die Kinder dieser Stadt wollen.

Genau für diese Fragen sollte das Moratorium Zeit schaffen.

Das Moratorium war nie das Problem.

Das Moratorium war der Versuch, Fachkräfte im System zu halten, während Antworten gefunden werden.

Stattdessen diskutieren wir seit Monaten über juristische Fragen, während die eigentlichen Probleme ungelöst bleiben.

Deshalb sagen wir als Stadtelternbeirat ganz klar:

Wenn das Moratorium in seiner bisherigen Form rechtlich nicht haltbar sein sollte, dann muss ein rechtssicherer Weg gefunden werden.

Aber die Ziele des Moratoriums dürfen nicht aufgegeben werden.

Denn die Probleme sind nicht verschwunden.

Die Fachkräfte sind noch immer belastet.

Die Qualitätsdefizite bestehen weiterhin.

Die Familien warten weiterhin auf Antworten.

Wer heute das Moratorium fallen lassen will, muss erklären, welche Alternative es gibt.

Nicht irgendwann.

Nicht nach weiteren Prüfungen.

Nicht nach einem weiteren Jahr Diskussion.

Sondern heute.

Denn unsere Kinder können nicht warten.

Unsere Erzieherinnen und Erzieher können nicht warten.

Und die Familien dieser Stadt können ebenfalls nicht länger warten.

Unsere Kinder brauchen keine weiteren politischen Hängepartien.

Unsere Kinder brauchen Lösungen.

Vielen Dank.